

AUS DEM

maxIMILIANEUM

INFORMATIONEN DER CSU-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

DEZEMBER 2010



Freiheit braucht Sicherheit

TERRORGEFAHR IN DEUTSCHLAND Schwerpunkt Innere Sicherheit • GEMEINSAM BAYERN BEWEGEN
Zukunftsdiallog der Fraktion erfolgreich • DIE CHEFIN BIN ICH Thema Existenzgründerinnen

Inhalt



Maxi im Gespräch

Interview mit Christian Meißner, Vorsitzender des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit..... 2



Namensartikel

des Bundesministers des Innern Dr. Thomas de Maizière..... 4



Innere Sicherheit spezial

Datensicherheit..... 4
Sicherungsverwahrung 6
Dank an die Polizei 6



Gemeinsam Bayern bewegen

Bildergalerie..... 7



Berichte aus der Fraktion

Querschnitt unserer Arbeit..... 8



Weihnachtsgrüße

der CSU-Landtagsfraktion..... 12
Impressum 12

Aus dem Bayerischen Landtag



„Bayern ist gut durch die Krise gekommen. Dies ist auch intelligenten politischen Weichenstellungen im vergangenen Jahr zu verdanken“, so CSU-Fraktionschef Georg Schmid.

Kluge Entscheidungen

Bayern steht erneut an der Spitze der Länder – Ausblick

Sehr geehrte Damen und Herren,

„im Westen wenig Neues, könnte man mit Blick auf die Niveau-Rangliste sagen. Ganz vorn ist wie seit Jahren bereits Bayern.“ So ist es wörtlich im Bundesländerranking 2010 des renommierten Fachmagazins „Wirtschaftswoche“ nachzulesen. Obwohl gerade Baden-Württemberg und Bayern als exportstarke Länder mehr als andere von der Weltwirtschaft abhängen und damit auch stärker von deren Krise getroffen wurden, stellt der Ländervergleich weiter fest: „Allerdings muss betont werden, wie weit diese beiden Länder wirtschaftlich und beim Wohlstand bundesweit vorn sind – und das unangefochten seit langen Jahren. So verzeichnet Bayern die höchste Kaufkraft je Einwohner, hat die niedrigste Arbeitslosenquote und die höchste Exportquote.“

Dass wir in Bayern und Deutschland so gut durch die Krise gekommen sind, ist in erster Linie klugen Entscheidungen in der Wirtschaft und dem Fleiß und der Flexibilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verdanken. Aber auch intelligente politische Weichenstellungen, wie zum Beispiel Konjunkturprogramme oder unser bayerischer Investitionshaushalt, haben dazu beigetragen.

Im Jahr 2011 werden wir als CSU-Landtagsfraktion unser Augenmerk vor allem darauf legen, wie wir den positiven Wirtschaftstrend verstetigen können. Und wir wollen, dass der

Aufschwung noch mehr als bereits bisher bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt.

Deshalb werden wir uns schon bei unserer Klausurtagung in Wildbad Kreuth Anfang Januar schwerpunktmäßig mit dem Themenbereich „Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze“ in Bayern beschäftigen. Eines unserer Hauptanliegen ist, dass zunächst die bereits hier lebenden Arbeitssuchenden – Deutsche wie Migranten – wieder eine Stelle finden.

Mit Blick auf das nächste Jahr freuen wir uns auf die im Juli anstehende Entscheidung, wer Ausrichter der Winterolympiade 2018 wird. Wenn Bayern sich wieder der gesamten Welt als guter Gastgeber präsentieren könnte, würden wir davon lange vorher und weit über 2018 hinaus profitieren. So wie Menschen weltweit noch heute von Olympia 1972 schwärmen.

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches neues Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Schmid

„Freiheit braucht Sicherheit“

Herr Meißner, der Bundesinnenminister hat wegen der Terrorgefahr zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen. Welche Maßnahmen hat Bayern bereits ergriffen?

Unsere Sicherheitsbehörden sind auf die veränderte Bedrohungslage gut vorbereitet. Für die Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbar ist beispielsweise die z. T. massive Verstärkung der polizeilichen Präsenz an Flughäfen, Bahnhöfen, im öffentlichen Nahverkehr sowie an Orten und bei Veranstaltungen mit hohem Besucheraufkommen, wie den Christkindlmärkten. Neben den sichtbaren Maßnahmen wurden auch die Sicherheitsmaßnahmen im Hintergrund deutlich verstärkt. Als Beispiel möchte ich hier nur die Schleierfahndung nennen. Im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum, in dem unsere Experten seit Jahren zusammenarbeiten, findet überdies täglich ein umfassender Analyse- und Informationsaustausch aller mit Sicherheitsfragen befassten Behörden von Bund und Ländern statt, sodass auf neue Hinweise schnell und zielgenau reagiert werden kann.

Eine erfolgreiche Terrorismusabwehr ist allein nicht möglich. Die Polizeien von Bund und Ländern arbeiten daher eng und abgestimmt zusammen. Dabei sind auch die internationalen Partner eng eingebunden.

Es ist auch immer wieder die Rede von konkreten Anschlagsterminen. Wie ernst müssen wir solche Informationen nehmen?

Es gibt keine konkreten Hinweise auf Anschlagssziele in Bayern. Aber wir haben es gegenwärtig in Deutschland mit einer qualitativ neuen Bedrohungslage zu tun. Zu diesem Ergebnis kommen die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern, die ihre Einschätzung auf aktuelle Erkenntnisse mit hoher zeitlicher und inhaltlicher Übereinstimmung stützen. Ich sehe keinen Grund, an dieser Einschätzung zu zweifeln. Die vereitelten Anschlagversuche auf den internationalen Luftfrachtverkehr Ende Oktober belegen vielmehr, dass die Terrororganisation Al-Qaida und deren Ableger ihre menschenverachtenden Ziele und Anschlagabsichten beharrlich weiterverfolgen.

Wie soll sich der einzelne Bürger verhalten?

Wichtig ist, dass wir nicht in Hysterie verfallen. Niemand braucht sich zu verstecken oder



Christian Meißner, MdL, Vorsitzender des AK für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

seine Lebensgewohnheiten zu ändern. Dies wäre ein falsches Signal an die Terroristen, die durch Verbreitung von Angst und Schrecken unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung erschüttern wollen. Wir dürfen uns durch den internationalen Terrorismus nicht einschüchtern lassen. Andererseits dürfen wir aber auch nicht leichtfertig die Augen verschließen. Die neue Bedrohungslage erfordert von uns allen eine besondere Aufmerksamkeit. Unsere Polizei und Sicherheitsbehörden können nicht überall sein. Wir benötigen daher auch die Augen und Ohren unserer Bürger, um mögliche Gefährdungen schnell erkennen und beseitigen zu können.

Soll es Ihrer Meinung nach mehr Befugnisse für Strafverfolger und Sicherheitsbehörden geben?

Eine 100-prozentige Sicherheit wird es nie geben. Dennoch hat der Staat einen Schutzauftrag gegenüber seinen Bürgern, den er nur erfüllen kann, wenn den Sicherheitsbehörden auch das erforderliche Instrumentarium zur Verfügung gestellt wird. Klar ist: Wir wollen keinen Polizei- oder Überwachungsstaat. Dass sich die polizeilichen Befugnisse innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens halten und die freiheitlichen Grundrechte unserer Bürger angemessen gewahrt werden müssen, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich muss aber auch sein, dass die Befugnisse an die neuen Informationstechniken und das geänderte Kommunikationsverhalten angepasst werden. Aktuelles Beispiel ist die Vorratsdatenspeicherung. ■

FRAKTION INTERN

■ Hohe Auszeichnung:

Landtagspräsidentin Barbara Stamm verlieh die silberne Verfassungsmedaille an die stellv. CSU-Fraktionsvorsitzenden Renate Dodell und Thomas Kreuzer, die Abgeordneten Jürgen W. Heike und Joachim Unterländer sowie Staatsminister Siegfried Schneider.

■ Die CSU-Fraktion gratuliert herzlich: Alfred Sauter

zum 60. Geburtstag am 3. August. Der ehemalige Justizminister vertritt seit 1990 die Interessen seiner Heimat Günzburg im Landtag.

Gertraud Goderbauer

zum 55. Geburtstag am 27. August. Sie vertritt den Stimmkreis Landshut.

Christa Stewens

zum 65. Geburtstag am 27. August. Die ehemalige stellv. Ministerpräsidentin und Sozialministerin ist für den Stimmkreis Ebersberg zuständig.

Martin Bachhuber

zum 55. Geburtstag am 14. Oktober. Der Abgeordnete setzt sich seit 2008 für seine Heimat Bad Tölz-Wolfratshausen und Garmisch-Partenkirchen ein.

Prof. Dr. Winfried Bausback

zum 45. Geburtstag am 22. Oktober. Der Abgeordnete aus Aschaffenburg-West hatte noch mehr Grund zu feiern: Seine Frau Clara und er freuten sich Anfang Dezember über die Geburt von Tom, ihrem dritten Sohn.

Georg Eisenreich

zum 40. Geburtstag am 6. Dezember. Die Fraktion gratuliert dem Münchner Abgeordneten auch herzlich noch zur Hochzeit mit Ehefrau Anja im Sommer 2010.

Markus Blume

Erneut Vater geworden ist auch der Münchner Abgeordnete Markus Blume. MdL Blume, Ehefrau Janet und Tochter Anna-Sophia freuen sich über den kleinen Max Ludwig.



Foto: dpa

Terroristischer Bedrohung entgegentreten

Wachsam sein, aber besonnen bleiben – Beitrag von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière

Der islamistische Terrorismus ist eine Bedrohung, die weder auf bestimmte Gesellschaften noch auf bestimmte Regionen begrenzt ist. Vielmehr reicht die Spur dieses Terrorismus in den letzten Jahren von Madrid über London nach Mumbai und gehört in Afghanistan, Irak und Pakistan zum Alltag. Auch der islamistische Terrorismus nutzt die Infrastruktur der globalisierten Wirtschaft. Dies wurde zuletzt Ende Oktober 2010 deutlich, als die Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel versuchte, Anschläge auf amerikanische Ziele durchzuführen. Eines der aus dem Jemen stammenden Sprengstoffpakete wurde über den Köln/Bonner Flughafen umgeschlagen. Neben diesem Vorfall verdichteten sich in den vergangenen Wochen die Hinweise auf Planungen für terroristische Anschläge auch in Deutschland.

Wir haben es seitdem mit einer neuen Lage zu tun, die Anlass zur Sorge gibt, aber – wie ich stets betont habe – nicht zur Hysterie. Von entscheidender Bedeutung ist eine besonnene Wachsamkeit und das Vertrauen in die gute Arbeit der Sicherheitsbehörden. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Lage bewältigen können, weil wir sowohl auf nationaler sowie auf internationaler Ebene weiterhin eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Auf nationaler Ebene zwischen Bund und Ländern hat sich das vor vier Jahren eingerichtete „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ bewährt. Hier findet täglich ein umfassender Informationsaustausch aller



Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière
Foto: BMI/Rickel

mit Sicherheitsfragen befassten Behörden des Bundes und der Länder statt. Auch die angepassten Streifengänge der Polizeien der Länder und des Bundes in öffentlichen Räumen, wie z. B. auf Flughäfen und Bahnhöfen, basiert auf dieser guten Zusammenarbeit.

Unmittelbar nach den versuchten Paketbombenanschlägen aus dem Jemen hat die Bundesregierung am 1. November 2010 einen interministeriellen Arbeitsstab eingerichtet, um Konsequenzen für die Sicherheit der Luftfracht zu prüfen. Der vom Arbeitsstab vorgelegte Maßnahmenkatalog fasst unter anderem folgende Schritte ins Auge: Sogenannte „sichere Lieferketten“ sollen auf Verbesserungspotenzial unter Einbindung der Luftverkehrs- sowie Transportunternehmen überprüft werden. Die Zusammenarbeit sämtlicher mit der Aufgabe Luftfrachtsicherheit befassten Behörden soll optimiert werden. So soll die Luftfrachtsicherheit im In- und Ausland, insbesondere an unsicheren Dritt-

staaten-Flughäfen verbessert werden. Bei der Bekämpfung des weltweiten islamistischen Terrorismus kommt der internationalen Zusammenarbeit die entscheidende Rolle zu. Dass wir die in ihrer Dimension in Deutschland bislang beispiellosen Anschlagplanungen der sogenannten Sauerlandgruppe im Sommer 2007 erfolgreich verhindern konnten, verdanken wir maßgeblich der engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren ausländischen Partnern. Die Sicherheitsbehörden weltweit müssen dem transnational, in Netzwerkstrukturen agierenden internationalen Terrorismus ihrerseits ein Netzwerk von Informationen, Analysen und konsequentem operativem Handeln entgegensetzen. Daher begrüße ich das Ergebnis einer von mir angestoßenen Initiative auf EU-Ebene. Der Aktionsplan benennt die erforderlichen europaweiten einheitlichen Maßnahmen, durch die die Luftfrachtkontrollen entscheidend optimiert werden sollen. Hier spielt der Austausch von Daten mit anderen Sicherheitsbehörden, etwa dem Zoll, eine wichtige Rolle. So können verdächtige Sendungen auf der Basis eines risikobasierten Ansatzes gezielter kontrolliert werden. Die EU-Kommission ist gehalten, innerhalb von sechs Monaten einen ersten Umsetzungsbericht vorzulegen. Auch in Zukunft werden wir sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene der weltweiten Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus so entschieden entgegentreten wie wir es heute tun. ■

Effektive Gefahrenabwehr

Regelungslücken bei der vorsorglichen Speicherung von Verbindungsdaten schnell schließen



Die CSU-Fraktion will die sofortige Wiedereinführung der vorsorglichen Speicherung von Verbindungsdaten.
Bild: Fotolia



„Wir wollen die Bürger vor Straftaten schützen“, so Petra Guttenberger, die Vorsitzende des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz. Nach dem Verständnis des Arbeitskreises ist die Innere Sicherheit ein elementares Grundrecht. Daher muss der Staat mit der fortschreitenden Entwicklung der Datenverarbeitung in der Informationsgesellschaft Schritt halten. Ohne die Überwachung der Telekommunikation und den Rückgriff auf gespeicherte Verkehrsdaten ist dem Staat vielfach keine effektive Gefahrenabwehr und Strafverfolgung mehr möglich. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem aktuellen Urteil betont, dass staatliche Informationsvorsorge in einem effektiven Umfang verfassungsrechtlich zulässig ist. Der Gesetzgeber dürfe, so das BVerfG, „eine vorsorglich anlasslose Speicherung von

Telekommunikationsverkehrsdaten zur späteren anlassbezogenen Übermittlung an die für die Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr zuständigen Behörden beziehungsweise an die Nachrichtendienste zur Erreichung ihrer Ziele als geeignet ansehen“. Es hat zudem klare Vorgaben für eine rechtlich zulässige und transparente Regelung formuliert. Der Arbeitskreis fordert daher die sofortige Wiedereinführung der vorsorglichen Speicherung von Verbindungsdaten. Die derzeitige Rechtslage sei nicht hinnehmbar, so Petra Guttenberger. Sie zementiere gravierende Ermittlungslücken. „Für unbescholtene Bürger muss effektiver Datenschutz gewährleistet werden, denn es geht nicht darum, die Internetgewohnheiten der Bürger auszuforschen.“ Justiz und Polizei müssen jedoch, nach richterlichen Einzelfallprüfungen, wieder die Möglichkeit bekommen, auf Verbindungsdaten zuzugreifen, um schwere Straftaten verhindern und aufklären zu können. ■

Opferschutz vor Täterschutz

Neuregelung der Sicherungsverwahrung



Nach wie vor gilt der Grundsatz „Opferschutz vor Täterschutz“, so der CSU-Rechts- und Innenpolitiker Dr. Florian Herrmann in einer von der CSU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde im Landtag. „Dies ist das Verdienst der CSU“, so Dr. Herrmann weiter. Er bedauerte, dass es nicht gelungen sei, den Wegfall der nachträglichen Sicherungsverwahrung zu verhindern.

Wichtig sei, dass sich die Sicherungsverwahrung auch künftig nicht an der Schuld, sondern an der Gefährlichkeit von rückfallgefährdeten Wiederholungstätern orientiere. Petra Guttenberger, Vorsitzende des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, betonte, dass es darum gehe, die Bevölkerung vor Wiederholungstätern zu schützen. Kein Richter habe

es sich je leicht gemacht, eine Sicherungsverwahrung anzuordnen. Dies gelte insbesondere für deren nachträgliche Anordnung. Für die CSU-Fraktion sind die Vorschläge zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung ein tragfähiger Kompromiss. Für solche Straftäter, deren fortdauernde Gefährlichkeit sich erst während der Haft herausstelle, wollte die Fraktion zwar an der nachträglichen Sicherungsverwahrung festhalten. Durch die Erweiterung der Möglichkeiten zur vorbehaltenen Sicherungsverwahrung wird der Wegfall der nachträglichen Sicherungsverwahrung jedoch weitestgehend kompensiert. Bei Altfällen, bei denen die neue Regelung noch nicht greift, wird die Bevölkerung durch Änderungen bei der Führungsaufsicht nach der Entlassung, die Erlaubnis zum Einsatz elektronischer Fußfesseln und das neue Therapieunterbringungsgesetz für psychischgestörte Straftäter geschützt. ■

Schwerpunkt Innere Sicherheit

Dank an unsere bayerische Polizei

Garant für die Sicherheit im Freistaat



Die positive Sonderstellung Bayerns in der Inneren Sicherheit ist vor allem das Verdienst der Polizeibeamten, so der Sprecher für Polizeifragen der Fraktion Manfred Ländner.



Die „Innere Sicherheit“ ist seit Jahrzehnten das Aushängeschild der bayerischen Politik. Große Namen wie Dr. Edmund Stoiber, Dr. Günther Beckstein und Joachim Herrmann waren und sind gemeinsam mit der CSU-Landtagsfraktion politisch verantwortlich für diese dauerhaft positive Sonderstellung Bayerns. Gleichen Anteil an diesem Erfolg hat auch unsere Polizei: Hochmotivierte Frauen und Männer, die ihren Dienst vorbildlich verrichten. Zunehmende Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft, Internetkriminalität und terroristische Bedrohung zeigen beispielhaft, dass sich die Herausforderungen an die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit und dadurch die Anforderungen an die Beamten grundlegend verändert haben und intensiver

geworden sind. Mit großem Engagement stellt sich die bayerische Polizei diesen Herausforderungen. Es gilt daher, allen Polizistinnen und Polizisten ein aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen. Neben der Anerkennung der Leistung hat Politik auch die Pflicht, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie den aktuellen Anforderungen entsprechen.

Mit den Stellenhebungen der vergangenen Jahre und zusätzlichen Planstellen wurden bereits erste Maßnahmen ergriffen. Die Organisationsreform bedarf weiterer Ergänzung durch eine inhaltliche Reform. Wo müssen personell und technisch neue Schwerpunkte gesetzt werden, um zu gewährleisten, dass die bayerische Polizei auch in Zukunft der Garant für unsere Sicherheit bleibt? Die Beantwortung dieser Frage ist Aufgabe der bayerischen Innenpolitik. ■

Arbeitskreis Wehrpolitik

Sicherheitsinteressen wahren

Landsleute im Ausland schützen



„Ziel der Sicherheitspolitik ist es, die elementaren Sicherheitsinteressen unseres Landes zu wahren. Dazu gehört auch, dass wir nicht von lebenswichtigen und für unseren Wohlstand elementaren Rohstoffen abgeschnitten werden. Beispielsweise ist die Energiesicherheit für unser Land unerlässlich“, so Johannes Hintersberger, der wehrpolitische Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Er stellte sich damit ausdrücklich hinter Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg. Dieser wurde von Oppositionspolitikern kritisiert, weil er nationale Interessen klar benannt hat. Im Weißbuch der Bundesregierung heißt es: „Die Sicherheitspolitik Deutschlands wird von (...) dem Ziel geleitet, die Interessen unseres

Landes zu wahren, insbesondere: (...) den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern.“ Daher bin ich verwundert über die Kritik aus der SPD. Schließlich haben die Sozialdemokraten seinerzeit das Weißbuch mitbeschlossen. Jetzt eine Verletzung des Grundgesetzes zu konstruieren ist deshalb verlogen“, so der CSU-Sicherheitspolitiker. Natürlich gehöre es unter bestimmten Bedingungen zu den Aufgaben der Bundeswehr, die eigenen Landsleute im Ausland zu schützen.

Die deutsche Marine trage zum Beispiel im Rahmen der Mission Atalanta am Horn von Afrika zur Sicherheit der Weltmeere bei. Dadurch würden Piratenangriffe auf Handelsschiffe vereitelt und auch humanitärem Frachtgut Sicherheit gewährt. Hintersberger: „Und selbstverständlich liegt das in unserem legitimen nationalen Interesse.“ ■

Gemeinsam Bayern bewegen

Ein Herz für Bayern



Ein Herz für Bayern und die Landtagsfraktion: Reißenden Absatz fanden die Lebkuchen-Heizen am „Tag der offenen Tür“ im Landtag.



Abgeordneter Martin Schöffel interviewt Marie zum Abschluss des Zukunftsdialogs der Fraktion. Marie drehte zusammen mit Uli Hoeneß, Präsident des FC Bayern, den Imagefilm des Dialogprozesses.



Zum Abschluss des Zukunftsdialogs bauten Jugendliche das Bild der CSU-Fraktion vom Bayern der Zukunft.



Der Austausch stand im Mittelpunkt des Zukunftsdialogs, hier der Stell. Fraktionsvorsitzende Karl Freller im Gespräch.



Landtagspräsidentin Barbara Stamm freut sich über die zahlreichen Besucher bei der CSU-Fraktion im Landtag.



Die Rockband „Hairforce“ aus Unterfranken bei Ihrem Auftritt am „Tag der offenen Tür“ im Landtag.



Abgeordneter Martin Neumeyer (l.) und Fraktionsvorsitzender Georg Schmid (Mitte) mit türkischen Gästen, die sich über die Aktion „Gemeinsam Bayern bewegen“ informierten.

AG Aktive Bürgergesellschaft/Ehrenamt

Zukunft der Freiwilligendienste

Jugendfreiwilligendienste auf hohem Niveau gestalten



Die Aussetzung der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 führt auch zu einer Aussetzung des Zivildienstes. Das Bundesfamilienministerium hat einen Gesetzentwurf für die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes vorgelegt, um möglichst vielen Menschen einen Einsatz für die Allgemeinheit zu ermöglichen.

„Das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr dürfen nicht verdrängt werden“, stellt Oliver Jörg als Vorsitzender der Arbeitsgruppe Aktive Bürgergesellschaft/Ehrenamt der CSU-Fraktion klar. „FSJ und FÖJ haben sich bewährt und sind bei vielen jungen Erwachsenen sehr beliebt.“ Der Jugendfreiwilligendienst sei nicht nur eine wichtige Orientierungsphase für das Berufsleben, sondern gerade auch für die Persönlichkeitsentwicklung von unschätzbarem Wert. „Wer sich in jungen Jahren sozial engagiert, tut dies häufig im Verlauf seines gesamten Lebens“, weiß der Ehrenamts-Experte. Zudem sind die Helfer für die Einrichtungen eine wichtige Stütze. Der Gesetzentwurf des Bundes weist den Freiwilligendienst nun als Ergänzung und Stärkung der bestehenden Freiwilligendienste aus, damit Doppelstrukturen vermieden werden und eine schlanke Verwaltung gewährleistet ist, die die vorhandenen Kompetenzen der zivilgesellschaftlichen Träger nutzt. Es wird mit 35.000 Plätzen im Bundesfreiwilligen-



Die Jugendfreiwilligendienste sollen ergänzt und gestärkt werden. Bild: Fotolia

dienst und 35.000 FSJ/FÖJ Plätzen gerechnet. Die CSU-Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, die Freiwilligendienste weiterhin auf Landesebene anzusiedeln. „Die Nähe zu den Trägern ist auf Landesebene einfach größer“, erklärt Oliver Jörg. „Bayern hat gezeigt, dass es die Jugendfreiwilligendienste auf hohem Niveau gestalten kann.“

Um die Attraktivität von FSJ und FÖJ gegenüber dem Bundesfreiwilligendienst weiterhin zu sichern, haben Barbara Stamm, Joachim Unterländer und Oliver Jörg gemeinsam mit dem AK Soziales, dem AK Umwelt, der Jungen Gruppe und weiteren Abgeordneten einen Antrag zur Weiterentwicklung der Jugendfreiwilligendienste formuliert. So sollen etwa die Tätigkeitsfelder auf weitere Bereiche, z. B. die Kulturarbeit oder Körperschaften des öffentlichen Rechts ausgedehnt werden. ■

„Gemeinsam Bayern bewegen“ erfolgreich bei Politikaward

Auszeichnung des Zukunftsdialogs



Beim Politikaward, der renommiertesten bundesweiten Auszeichnung für politische Kommunikation, wurde der Zukunftsdialog „Gemeinsam Bayern bewegen“ der CSU-Landtagsfraktion ausgezeichnet. In der Kategorie „Kampagnen politischer Institutionen“ wurde sie von der Jury besonders lobend erwähnt.

Die Jury aus Kommunikationswissenschaftlern und PR-Experten lobte besonders: Mit ihrem Zukunftsdialog habe sich die CSU-Fraktion auch zwischen den Wahlen um die Bürger und um ihre Anhänger bemüht. „Dieses ‚Permanent Campaigning‘ stärkt die Demokratie, weil es die Bürger aktiv einbindet“, so die Jury. „Dies ist ein großartiger Erfolg für alle, die an unserem Zukunftsdialog teilgenommen haben“, freute sich Georg Schmid, der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Baye-

rischen Landtag. „Die besondere Belobigung der Jury bestätigt, dass wir mit unserem Zukunftsdialog den richtigen Weg in der politischen Kommunikation eingeschlagen haben. Unser Ziel war aber nie, damit Preise zu gewinnen, sondern in einem intensiven Dialog mit Bayerns Bürgerinnen und Bürgern deren Ideen für Bayern zu hören. Dies ist uns gelungen. Mehr als 5.000 Menschen haben sich aktiv an unserer Aktion beteiligt. Dass wir jetzt auch noch dafür beim Politikaward nominiert und von der Jury lobend hervorgehoben wurden, freut mich ganz besonders“, so der Fraktionsvorsitzende. ■



Die Folge „Gemeinsam-Bayern-bewegen – CSU-Fraktion stellt Zukunftskonzept vor“ auf: www.csu-landtag.de
www.youtube.com/user/FraktionsTV

AK Hochschule, Forschung und Kultur

Großes Plus für Bayern

Ausbau der berufsbegleitenden Studiengänge



Auf Initiative der CSU-Fraktion werden die berufsbegleitenden Studiengänge in Bayern ausgebaut. Dies beschloss der Ausschuss für Hochschule,

Forschung und Kultur im Bayerischen Landtag im Rahmen der Hochschulrechtsnovelle 2010. „Im vergangenen Jahr hatten wir den Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige erweitert“, erläutert Bernd Sibler, Vorsitzender des Ausschusses. „Um für diesen Personenkreis auch tatsächlich ein Studium zu ermöglichen, sind in Zukunft verstärkt berufsbegleitende Studiengänge erforderlich. Dieses Angebot wird ein großes Plus in der bayerischen Bildungslandschaft sein.“ Berufsbegleitende Studiengänge setzen organisatorische Vorkehrungen der Hochschulen voraus, insbesondere Veranstaltungen am Abend und am Wochenende, Blockkurse und den verstärkten Einsatz virtueller Lehre. Damit seien besondere Kosten für die Hochschulen verbunden, für die statt der üblichen Studienbeiträge jetzt nach der Hochschulrechtsnovelle Gebühren verlangt werden können. Diese Gebühren gelten nur für das berufsbegleitende

Teilzeitstudium, dessen Kurse vor allem abends und am Wochenende stattfinden. Für alle nicht berufstätigen Vollzeit-Studierenden bleibt es selbstverständlich bei der bisherigen 500-Euro-Höchstgrenze pro Semester.

Zudem wird in der Hochschulrechtsnovelle durch einen Änderungsantrag der CSU-Fraktion die Möglichkeit geschaffen, den Absolventen der Hochschulen den Mitgliederstatus einzuräumen. Die sogenannten „Alumni“ haben eine wichtige Rolle für die Vernetzung der Hochschulen, aber auch für die Einwerbung von Drittmitteln und Stipendien. Außerdem wird das Beststellungsrecht für Honorarprofessoren vom Wissenschaftsministerium auf die Hochschulen übertragen und damit ihre Eigenverantwortung auch auf diesem Gebiet gestärkt. Weitere bedeutsame Elemente der Gesetzesnovelle sind die Flexibilisierung der Zugangsvoraussetzungen für das Masterstudium, die Einführung von kooperativen Promotionen zwischen Universitäten und Fachhochschulen sowie eine weitere Verbesserung der Rechtsstellung der Frauenbeauftragten, die von anderen Aufgaben entlastet werden, um sich künftig noch besser ihrer wichtigen Funktion widmen zu können. ■

Fraktion steht zur Bewerbung 2018

Ja zu Olympia



Die Olympiabewerbung München 2018 bietet für den Freistaat Bayern und darüber hinaus für ganz Deutschland eine große Chance, sich als innovativer Wirtschaftsstandort, als herzliches und

weltoffenes Gastgeberland zu präsentieren und die einzigartige Atmosphäre der Fußballweltmeisterschaft 2006 neu zu beleben. Damit einher gehen positive Impulse für den Standort Bayern. „Das wäre besser wie ein Konjunkturpaket“, so der sportpolitische Sprecher der Fraktion, Peter Schmid. Maßnahmen im Straßenbau oder beim Schienenverkehr, die auch ohne die Spiele notwendig wären, könnten im Zuge der Olympiabewerbung wesentlich schneller verwirklicht werden. Darüber hinaus biete die Bewerbung für die Paralympics die einmalige Chance, auch die Barrierefreiheit im ÖPNV weiter zu verbessern, so Schmid. Die Umweltverträglichkeit sei gewährleistet. Ein Großteil der Sportstätten sei schon vorhanden und der Flächenverbrauch liege bei etwas über 0,5 Hektar. Dies sei ein relativ geringer Bedarf, der zusätzlich bestehe. „Keine andere Bewerbung kann derart auch auf dem Umweltsektor punkten, wie unsere Bewerbung“, so Schmid. ■

Arbeitskreis Bildung, Jugend und Sport

Bayerische Erfolge bleiben

Schlussfolgerungen für Bundesländer bei aktueller Pisa-Studie abenteuerlich



Anlässlich der aktuellen PISA-Studie wird sich die CSU-Fraktion verstärkt für bundesweite Bildungsstandards einsetzen.

„Innerhalb Deutschlands müssen wir für einheitliche Bildungsstandards auf hohem Niveau sorgen und deren Einhaltung sicherstellen“, so Georg Eisenreich, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion. „Nur so lassen sich die Schulleistungen in Bundesländern am unteren Ende der Leistungsskala verbessern.“ Die letzten PISA-Länderauswertungen von 2003 und 2006 hätten gezeigt, dass ein großer Abstand zwischen den Ländern bestehe. Das aktuelle PISA-Ergebnis für Deutschland sei hingegen eine internationale Studie mit nationalem Mittelwert, dessen Verbesserung zwar erfreulich ist, aus dem aber keine konkreten Schlussfolgerungen für einzelne Bundesländer gezogen werden könnten. „Man kann es nur

als abenteuerlich bezeichnen, wenn manche Bildungspolitiker der Opposition die Studie undifferenziert auf einzelne Bundesländer übertragen“, resümiert Eisenreich. Die früher durchgeführten PISA-Länderauswertungen wurden durch den Ländervergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) abgelöst. Der erste IQB-Ländervergleich bestätigte erst diesen Sommer die Spitzenposition Bayerns. Die bayerischen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erreichen nach den früheren Länderauswertungen bei den getesteten Kompetenzen in allen Schularten ein höheres Niveau als in allen anderen Bundesländern. „Die neue Studie trifft hier nur bundesweite Aussagen und ändert nichts an den bisherigen Erfolgen in Bayern. Die guten Ergebnisse bei uns sind auch das Verdienst der Lehrerinnen und Lehrer, denen ich für das große Engagement danke. Wir werden den eingeschlagenen Weg weiter gehen und unser Bildungswesen weiterentwickeln.“ ■

Junge Gruppe der Fraktion

Alternative zu Kerosin

Junge Gruppe im Gespräch mit EADS



Die Junge Gruppe mit Dr. Detlef Müller-Wiesner (Mitte), COO der Firma EADS.

Über technologische Megatrends der Zukunft, über die Forschung im Bereich alternative Brennstoffe und über die Vorteile bayerischer Industriestandorte sprach die Junge Gruppe der CSU-Fraktion mit Dr. Detlef Müller-Wiesner, Chief Operating Officer Innovation (COO) des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS und Stellvertreter des EADS Technik-Vorstands. Müller-Wiesner nannte Bayern einen Kernstandort für die Rüstungsindustrie in Deutschland. Dies sei ein Teil des Lebenswerks von Franz-Josef Strauß, so Müller-Wiesner. „Airbus würde es ohne FJS nicht geben!“

Der Vorsitzende der Jungen Gruppe, Landtagsabgeordneter Markus Blume, betonte, dass er besonders die von EADS vorgeschla-

genen neuen Wege im Klimaschutz begrüßte. „Wir brauchen bald eine Alternative zu Kerosin“, so Blume. EADS forciert derzeit die Idee, dass künftig Flugzeuge auch mit Algen-Sprit betankt werden; außerdem wird ein Hybrid-Hubschrauber entwickelt.

„Für die junge Generation ist es nun wichtig, dass die gesamte Industrie hinter dem Vorschlag einer emissionsarmen Luftfahrt steht“, sagte Blume. Bevor Algen-Treibstoff auch kostenmäßig mit Kerosin konkurrieren könne, sei allerdings noch großer Forschungs- und Entwicklungsaufwand nötig. Mittels innovativem Leichtbau sei aber auch schon heute ein deutlicher Fortschritt erreicht worden, so Abgeordneter Blume. ■

AK Soziales, Familie und Arbeit

Zuschüsse für Altenpflegeschulen

Voraussichtlich kann der Schulgeldausgleich auch für 2011 und 2012 gezahlt werden



„Dass auch im Jahr 2011 10,8 Millionen Euro für den freiwilligen Schulgeldausgleich zur Verfügung stehen sollen, ist ein großer Erfolg für alle Schülerinnen und Schüler der privaten Altenpflegeschulen. Damit ist es uns gelungen, die guten Ausbildungsbedingungen für diesen attraktiven Zukunftsberuf auch im kommenden Jahr zu erhalten“, so Joachim Unterländer, Vorsitzender des Arbeitskreises für Soziales, Familie und Arbeit. Die Finanzierung der staatlich anerkannten privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe beruht grundsätzlich auf zwei Säulen: dem Betriebskostenzuschuss in Höhe von 79 Prozent des Lehrpersonalaufwands und dem Schulgeldersatz in Höhe von 75 Euro pro Schüler und Unterrichtsmonat. Im Bereich der Altenpflege und Altenpflegehilfe wurde zum Schuljahr 2003/04 mit dem Schulgeldausgleich zudem eine dritte Säule der Finanzierung geschaffen. Dieser zusätzliche Schulgeldausgleich wird pro Kopf ausgezahlt. „Verglichen mit anderen privaten Berufsfachschulen stellt das eine besonders privilegierte Förderung dar. Wir haben diesen Akzent ganz bewusst gesetzt, weil wir uns angesichts der demographischen Entwicklung intensiv um Nachwuchs im Bereich der Altenpflege bemühen müssen“, so Unterländer.



Die CSU-Fraktion steht fest an der Seite der Altenpflegeschulen. Bild: Fotolia

Für die dritte Säule Schulgeldausgleich standen im Doppelhaushalt 2009/10 jährlich 10,8 Millionen Euro bereit, so dass im Schuljahr 2009/10 pro Schüler monatlich 200 Euro ausbezahlt werden konnten. Auf Grund der gestiegenen Schülerzahlen und um den Haushaltsansatz für 2010 nicht zu überschreiten, musste der Schulgeldausgleich für die Monate September bis Dezember auf 100 Euro reduziert werden. Da die bisherige Gesamtsumme von 10,8 Millionen Euro nunmehr auch für Jahre 2011 und 2012 erhalten bleiben soll, kann der zusätzliche Schulgeldausgleich im nächsten Jahr voraussichtlich wieder deutlich angehoben werden. Dazu Unterländer: „Wenn der Eindruck entstanden ist, der Freistaat Bayern ziehe sich aus der Förderung dieser Schulen zurück, so entspricht das nicht unserer Politik. Wir stehen fest an der Seite dieser Schulen, und vor allem auch der Schülerinnen und Schüler, fördern sie im Vergleich mit anderen Berufsfachschulen sogar besonders intensiv.“ ■

AG Frauen lädt Gründerinnen ein

Die Chefin bin ICH!

Interview mit
Gudrun Brendel-Fischer,
 Vorsitzende der Arbeitsgruppe
 Frauen der CSU-Fraktion



Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen, Gudrun Brendel-Fischer (2. v. r.) mit Existenzgründerinnen bei der Veranstaltung „Die Chefin bin ICH“ im Bayerischen Landtag.

Frau Brendel-Fischer, die AG Frauen der Fraktion traf sich mit erfolgreichen Existenzgründerinnen. Was reizt Frauen, Chefin zu sein?

Brendel-Fischer: Immer mehr Frauen haben eine hervorragende Ausbildung, für die sich oft vor Ort oder in ihrer momentanen Lebenssituation keine adäquate berufliche Anstellung ergibt. Nach wie vor herrschen in der Arbeitswelt unterschwellige Benachteiligungen von Frauen, beispielsweise beim Entgelt. Eine berufliche Selbständigkeit kann Frauen die Perspektive eröffnen, ihrer Qualifikation und Führungsstärke entsprechend, Anerkennung zu finden und Einkommen zu erzielen. Der Berufsalltag lasse sich eigenverantwortlicher gestalten, argumentieren vor allem Mütter.

Was sind die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start-Up?

Brendel-Fischer: Fast 40 Prozent aller Gründungen in Bayern werden aktuell von Frauen

initiiert. Ein guter Businessplan, Kompetenz und Kreativität sowie Teamgeist sind die besten Voraussetzungen für den Erfolg. Existenzgründerinnen nehmen meist vorbereitende Beratungsangebote wahr und starten zunächst im Nebenerwerb, weil sie risikobewusster sind. Deshalb verlaufen Start-Ups von Frauen in der Regel geordneter.

Wie können Existenzgründerinnen besser unterstützt werden?

Brendel-Fischer: Intensive Gründungsberatung muss für Frauen insbesondere auch in den Innovationsbranchen gewährleistet werden. Bereits in Schülerfirmen kann an beruflicher Selbständigkeit nachhaltig Interesse geweckt werden. Eine besondere Hürde im Gründungsprozess stellt nach wie vor das Bankgespräch dar. Vor allem an Kleinkredite ist oft schwer ranzukommen. Hier braucht es Konzepte! Unsere Arbeitsgruppe hat bereits Antragsinitiativen dazu entwickelt. ■



**Die CSU-Fraktion
 wünscht allen
 Leserinnen und
 Lesern ein friedvolles
 Weihnachtsfest und
 alles Gute für das
 neue Jahr!**

AUS DEM
maxIMILIANEUM

HERAUSGEBER: CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, 81627 München • VERANTWORTLICH: Kathrin Alte, Telefon: (089) 4126-2712, Telefax: (089) 4126-1787, online@csu-landtag.de • REDAKTION: Constanze Schlosser, Sven Neuner, Franz Stangl, Ute Primavesi • BILDER UND GRAFIK: Holger Prawitt • LAYOUT: Ernst Vögel jun. • DRUCK: Druck+Verlag Ernst Vögel GmbH, www.voegel.com • INTERNET: www.csu-landtag.de